

Der deutsche Kronprinz in Kalkutta.

Die während seiner ganzen Reise durch englisch-indisches Gebiet hat der deutsche Kronprinz auch in Kalkutta einen glänzenden Empfang gefunden. Die Universität ernannte den Kronprinzen zum Ehren doktor. In feierlicher Weise wurde dem Kronprinzen ein silbernes Dokument über seinen Eintritt in die Universität überreicht. Zu Ehren des Kronprinzen gab der Vizegouverneur Lord Hardinge ein großes Bankett, dem auch der Vizegouverneur von West-Bengalen, Sir G. Baker, der Oberbefehlshaber in Indien, Sir O. Moore Craig, das Gefolge des Kronprinzen und der deutsche Generalkonsul in Kalkutta, Prinz Heinrich XXI. Reuß, beiwohnten. Nach dem

Zeitsprachen

auf den König von England und den Deutschen Kaiser teilte der Vizegouverneur dem Kronprinzen. Er gab der Freude Ausdruck, die alle darüber empfanden, daß der Kronprinz die Hauptstadt mit seinem Besuch beehrt habe. Dann erwähnte der Vizegouverneur seine persönliche Freundschaft mit dem Vater des Kronprinzen, mit seinem Großvater und Großonkel, dem erlauchten Geschlecht des Reiches, das alle bewunderten und achteten. Schließlich wies Lord Hardinge darauf hin, daß Deutschland für Wissenschaft, Kunst und Literatur getan habe, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die

Freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Deutschland

stets andauern möchten. In seiner Antwort dankte der Kronprinz dem Vizegouverneur für den herzlichen Empfang, den Zeitsprache und die herrliche Zusammenkunft der so gemächlichen Reise. Er schloß sich von Herzen den Wünschen des Vizegouverneurs nach gutem Willen und Freundschaft an.

Jüdische Verfassungen.

Sämtliche englisch-indischen Zeitungen hegen in herzlichen Artikeln die Annäherung des Kronprinzen in der Hauptstadt Indiens. Kalkutta sei stolz, den künftigen Kaiser eines Volkes zu beherbergen, dessen erfolgreiche Arbeit auf allen Gebieten die Bewunderung der Welt erregt. Die Zeitung „Statesman“ sagt: Es war vielleicht unermesslich, daß die schnellen Fortschritte Deutschlands einen gewissen Grad von Beunruhigung in England erweckten, jeder vernünftige Deutsche und Engländer habe jedoch erkannt, daß kein vernünftiger Grund vorliegt, daß beide Länder nicht freundschaftliche, herzliche Beziehungen unterhalten sollten. Die Arbeit beider Herrscherhäuser habe zur Befestigung dieser Überzeugung beigetragen. Der Besuch des Kronprinzen werde zweifellos einen weiteren Schritt in dieser Richtung bedeuten. „Englishman“ betont, der Kronprinz habe durch sein lebenswichtiges, ungewöhnliches Wesen, sein sonntags Temperament, sein Interesse für alle Fragen des indischen Lebens und seine Liebe zum Sport alle Herzen gewonnen. Es sei kein leeres Kompliment, daß der Kronprinz durch seinen Aufenthalt in Indien die anerkennende Bewunderung aller erworben habe, die mit ihm in Berührung gekommen seien.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die verlaute, wird das Kaiserpaar die Reise nach Korfu in der ersten Märzwoche antreten. An den Aufenthalt dorthin soll sich eine Kreuzfahrt im Mitteländischen Meere anschließen.

Kaiser Wilhelm, der sich besonders für alle technischen Erfindungen unserer Tage lebhaft interessiert, hat sich einen längeren Vortrag über ein deutsches System der drahtlosen Telegraphie halten lassen.

Der durch die Weltfahrt aufgehobene Besuch des deutschen Kronprinzen in Japan wird in diesem Jahre nicht mehr nachgeholt werden. Dagegen liegt neben dem Besuchen des Kaisers des Mikado den Kron-

prinzen nicht als Maß in Japan bewirken zu können, eine Einladung des Kaisers von Japan an den Kronprinzen vor, den Besuch Japans in ein künftiges Reiseprogramm aufzunehmen. Dies dürfte sich jedoch kaum vor 1913 ermöglichen lassen. Daß der Kronprinz seine Ostasienreise wiederholt, um die bei seiner jetzigen Reise unbedacht gelassenen Länder zu Studienzwecken aufzusuchen, ist ebenso sicher wie sein Wunsch, daß deutsche Konsuln lernen zu lernen.

* Zum Nachfolger des Admirals Truppe in Kantschou, der demnachst von dem Gouverneurposten zurücktreten wird, ist der Kapitän zur See Meyer-Walded in Aussicht genommen. Er ist Chef des Stabes des Gouvernements und hat dies schon früher vertretungsweise allein verwaltet.

* Der preussische Justizminister hat zu dem Strafverfahren wegen Veräuflichung von Nahrungs- und Genussmitteln eine Beschlagnahme an die Strafverfolgungsbehörde erlassen. Die Annahme der Nahrungsmittelveräuflichung werde durch die Kriminaljustiz bestätigt. Je mehr die Fortschritte der Wissenschaft mitbrachten, um die Arten und Mittel der Veräuflichung zu vermehren, um so nachdrücklicher müsse diesem gemeingefährlichen Verbrechen entgegengetreten werden. Es soll daher stets möglichst bald eingeschritten und auf eine strenge Bestrafung hingewirkt werden. Die Staats- und Amtswahlverfahren sollen sich aber auch vor Augen halten, daß die Verübung verurteilter Verbrechen und die öffentliche Gerichtsverhandlung für die Gewerbetreibenden auch dann mit großen Nachteilen verbunden ist, wenn Freisprechung erfolgt. Daher sollen verurteilte Angeklagte von vornherein auf eine möglichst sichere Grundlage gestellt werden. Die Untersuchung der Mittel soll nur Sachverständigen übertragen werden, die die nötige Erfahrung und Kenntnis besitzen. Bei Verdacht einer Gesundheitsgefährdung sollen nur ärztliche Sachverständige zugezogen werden.

* Das Verbot der Einfuhr von französischen Vieh nach Preußen brachte einige Frankfurter Großhändler auf den Gedanken, das Vieh in Paris zu kaufen und es nach dem nahe gelegenen Darmstadt zu schaffen, dort zu schlachten und das geschlachtete Vieh dann nach Frankfurt a. M. einzuführen. Die Schlachthofverwaltung in Frankfurt hat nun eine alte Verfügung aufgefunden, wonach die von den Preußen, die in Frankfurt das Vieh schlachten, betreiben oder mit Vieh handeln, verboten ist, innerhalb eines Umkreises von 100 Kilometern zu schlachten oder schlachten zu lassen; ferner verbietet sie, verachtetes Vieh dort einzuführen. Damit ist der Versuch der Frankfurter Großhändler, hülloses Vieh in Darmstadt zu schlachten und es nach Frankfurt zu bringen, endgültig gescheitert.

Wien.

* Präsident Spieker und Professor Dr. Harnack, die sich zur Erhaltung einer englischen Kommission zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und England in London befinden, wurden vom König Georg in Audienz empfangen. Sie überreichten dem König ein Gedächtnisalbum mit Versen über den Besuch der englischen Königin in Deutschland im Jahre 1909.

Russland.

* Das russische Kaiserpaar wird Anfang Mai in Freiburg (Sachsen) zu längerem Aufenthalt eintreffen. Der vorjährige Aufenthalt der Kaiserin hat einen so guten Erfolg gehabt, daß das Kaiserpaar seinen Besuch wiederholen wird.

Walden.

* Die Dampfergesellschaft „Norddeutscher Lloyd“ hat ihren Dampfer „Roland“ an die Türkei verkauft. Das Schiff soll ebenso wie die beiden vorher verkauften Dampfer „Darmstadt“ und „Odenburg“ zu Truppentransporten nach Arabien, wo sich die Lage der Regierungstruppen immer mehr verschlechtert, verwendet werden. Alle drei Dampfer sollen mit eigener Besatzung des Norddeutschen Lloyd nach Konstantinopel übergeben werden.

Wollon den ganzen Haumel nur machte, um sich seine Frau zu erobert, das machte die Geschichte nur noch toller und lustiger. „Ganz wurscht!“ sagte er darum, „ganz wurscht“, ob wir das Geld verlieren oder nicht. Aber wir wollen diese Kerls von der Wall-Street vorher noch herein lassen, so hoch — und er zeigte dabei halbmeistertoch über den Tischrand.

Trotz alledem war die Baifeporiel zufrieden, und Berke Dvinglione, der sein ganzes Geld in die Kampagne gesteckt hatte, gab alles auf, um sich voll und ganz vor diesem Geschäfte zu widmen. Er kämpfte mit einer Ruhe, einer Sicherheit und Klarheit, die seinem seltsamen Vater Bewunderung hätte abringen müssen, und die die ganze Street in Staunen versetzte. Er war ein durchaus ebenbürtiger Gegner Cutlers, und der ganze Kampf nahm immer mehr den Charakter eines Duells zwischen den beiden Männern an.

Jeder Punkt wurde sofort heftig angegriffen und heftig verteidigt, jede dankbare Angriffs- und Verteidigungskombination sofort ausgeführt, und die Antreibung, die sich der ganzen Geschäftswelt nicht nur, sondern auch unheimlicher Weise bewußte, die den Kampf mit Spannung verfolgten, war eine ganz ungewöhliche.

Und der Kaffee löbte nur so nach New York. Schiff um Schiff brachte ihn herüber, und die Preise gingen Punkt um Punkt — der Punkt zu — in die Höhe. Und das Geld der beiden Männer, die hinter Cutler, Dwinglione u. Komp. standen, schmolz immer mehr zusammen, und es war nicht mehr viel übrig

Afrika.

* Der erst here Purengeneral Niet Cronje ist im Alter von 73 Jahren auf seiner Farm Matembos in Bygel Westdorp (Transvaal) gestorben. Die hinterlassene Witwe, seine zweite Frau, ist eine Deutsche. Bei dem Ausbruch des Burenkrieges im Jahre 1899 wurde ihm mit dem Kommando über ein Burenkorps von 6000 Mann eine wichtige Rolle übertragen. Nach mancherlei Erfolgen und freigelegten Kämpfen am Modderkuf (29. November) und Ragerfontein (11. Dezember 1899) gegen die Engländer unter Lord Methuen, mußte er sich vor dem General French zurückziehen und bei Paardeberg am 27. Februar 1900 mit 4300 Mann ergeben.

Deutscher Reichstag.

Am 6. Februar wurde die Interpellation Graf Ranig (son.) über die fremden Wertpapiere nach der Erklärung des Staatssekretärs Delbrück, die Interpellation in einigen Tagen zu beantworten, von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die zweite Sitzung des Reichstages.

Das Haus tritt sofort in die Einzelberatung ein. § 3 wird von der Regierungsvorlage nicht geändert. Die Kommission hat ihm die Bestimmung eingefügt: Die Zulassung zur Vorbereitung für den Justizdienst darf nicht vom Nachweis eines bestimmten Vermögens oder Einkommens abhängig gemacht werden. Die Sozialdemokraten beantragen, hiergegen: Wenn wenigstens die Zulassung von der politischen oder sonstigen Gesinnung oder Bildung des sich zur Aufnahme in den Vorbereitungsdienst Meldenden abhängig gemacht werden. Ferner beantragen die Sozialdemokraten folgenden § 3a: Die Entlassung aus dem Vorbereitungsdienst darf nur auf Grund eines Disziplinargesetzes erfolgen.

Abg. Brunnemann (Freil.): Wir wünschen eine rasche Beschließung der Vorlage und lehnen alle Anträge, die über die Kommissionsbeschlüsse hinausgehen, ab.

Abg. Stadthagen (Soz.): Was wir fordern, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Aber wir sind gegen die Praxis der Justizverwaltung mit Rücksicht auf die Jugendberufung der hiesigen Kommission ist oft der Grund zu bedauerlichen Entscheidungen. Die Rechtsprechung wird dem Maße immer mehr einkaufend und politische Gesinnungsrichtigkeit wird in die Rechtsbegriffe hineingetragen.

Abg. Müller-Meinigen (Freil.): Wir lehnen den Kommissionsbeschluss und den sozialdemokratischen Antrag ab. Es ist doch sehr lobenswert, daß in den Personalbogen der Referendare eine Spalte für die Religion enthalten ist, worin auch ein eventueller Religionswechsel anzugeben ist.

Abg. v. Diehm (Soz.): Gegen das Prinzip des sozialdemokratischen Antrages kann nichts eingewendet werden. Für uns Polen ist die Zustimmung selbstverständlich.

Abg. Wellstein (Freil.): Wir lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab. Was der Antrag will, steht bereits im Gesetz; wenn auch nicht im Gerichtsverfassungsgesetz, so doch in den Verordnungen aller Bundesstaaten. In allen Verordnungen wird klar zum Ausdruck gebracht, daß lediglich der Grundbesitz der Zulassung maßgebend sein darf.

Nach kurzen Ausführungen der Abg. Müller-Meinigen (Freil.), Heine (Soz.) und Heine (nat.-lib.) werden unter Ablehnung aller Abänderungsanträge die Beschlüsse der Kommission gegen die Stimmen der Linken und Polen beschlüsselt.

Am 8. liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, daß Richter über ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung ihres Amtes entbunden und in den Ruhestand versetzt werden können. Auch sollen Richter wider ihren Willen nicht an eine andere Stelle versetzt werden können.

Abg. Heine (Soz.): Gerade die Vorgänge der letzten Zeit rechtfertigen die Annahme dieses Antrages. Ich erinnere nur an das Verhalten des preussischen Justizministers gegenüber dem Reichshofrat des Reichsgerichtsdirektors Unger ist von Herrn Deiser getriggert worden worden. Wo ist übrigens Herr Deiser? Er sitzt im Reichstag, wenn die preussische Justiz hier zu Debatte steht. Die Richter und Gerichtswesen sind und bleiben ganz nicht ab. Sie sind wohl auch in diese Prozesse hineingezogen unter dem Eindruck, daß eine sozialdemokratische Revolution in Rußland vor sich gegangen wäre. Was soll man dazu sagen, wenn der höchste Beamte des Reichs hier einen publizistischen Vortrag hält: die Volksgewalt haben nur ihre Schulbücher getan. Als einer Schärfe, die nur auf einer Vermittlung des Kollegiums beruhen kann, hat das Reichsgericht festgestellt, daß die Polizei für eine große

dahin, als ungefähre Mitte Dezember die verbliebende Nachschiff eintraf, das Deutschland und England über die Rüste von Brasilien die friedliche Blockade verhängt hatten, um die brasilianischen Schulboote zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen zu zwingen.

Als der Draht diese Nachricht, die wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam, brachte, da da meinten Johnstone und Tillson auf; denn — das war die Rettung! Zum erstenmal in seinem Leben war nämlich Tillson nervös geworden! „Nun, natürlich“, entzündigte er sich, „wenn man um so einen Anfall spielt!“

Nur der alte Johnstone hatte seine unerschütterliche Ruhe keinen Augenblick lang verloren. „Geduld“, ließ er sich nicht um das blödsinnige Gerede, „hätte er häufig gesagt.“

Und Tillson hatte zur Antwort gegeben: „Ach was! Was liegt mir am Gelde. Aber sie verlieren es.“

„Ja, was kann man da tun. Nichts. Obwohl es tausend andre Weiber noch gibt.“

„Für mich nicht. Für mich gibt's überhaupt nichts mehr auf der Welt.“

„Na, na, so arg wird es nicht sein.“

„Jawohl, so arg ist es. Im übrigen, wieviel haben wir noch?“

„Noch zwei Millionen.“

„Gut. So geben wir zu Cutler und besprechen wir mit ihm, was wir jetzt machen sollen.“

Rath von Überlieferungen hat zuzuschauen kommen lassen.

Staatssekretär Lisco: Der preussische Justizminister ist heute im Hause nicht anwesend. Das Abgeordnetenhaus berät heute den Justizetat und der Justizminister kann nur hier oder dort anwesend sein. Sie können verstehen sein, daß der Justizminister sehr wohl weiß, daß die Rechtsprechung in seiner Weise zum Gegenstand eines Antrages gemacht werden kann. Wer die Rede des Reichstages damals mit angehört hat, weiß sehr wohl, daß der Reichstagsrat seinen Beschlüssen über den Richter unterworfen hat. Der Reichstagsrat steht viel zu hoch, als daß er irgendwas davon denken könnte, einen solchen Versuch zu machen. Die Behauptung, daß der preussische Justizminister einen Richter und besonders denjenigen Richter, die in letzter Zeit in den höchsten Strafprozessen beteiligt waren, in ungesetzlicher Weise beeinflussen wollten, muß ich auf das entschieden zurückweisen.

Abg. Heine (Soz.): Die Behörden, vom Justizminister bis zum Ministerpräsidenten hin, vom Reichsminister bis zum Schulmann hinunter, haben so gehandelt, daß sie niemand hindern können, zu denken, sie haben die richterliche Unabhängigkeit nicht gewollt.

Abg. Wagner (Soz.): Wenn den Sozialdemokraten ein Gerichtsamt nicht paßt, dann kritisieren sie hier tüchtig drauf los. Das Gegenstück der preussischen Justizminister war das Gegenstück einer Polizeiregierung. Die Rechtsprechung wird nicht in die Hände aufgenommen, und daher mußte der Justizminister zunächst einmal den Vorwurf der Rechtsprechung überlassen. Er hat aber nur seine Pflicht getan. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab.

Abg. Stadthagen (Soz.): Im Fall Unger liegt das eine Wahregung vor und zwar lediglich deshalb, weil er richtig geurteilt hatte. Richter, die falsch urteilen, werden bei uns nicht gemahnt. Ein Richter wird doch nach dem Recht haben, nicht vorgeladen zu werden.

Abg. Stich (Freil.): Dem Richterhand kann es nur unangenehm sein, wenn er mit politischen Projekten befaßt wird. Wenn solche Projekte nicht zunächst zu politischen Kreisläufen. In den beiden Reichstagen Projekten lag dazu kein Anstoß vor. Der Reichstagsrat hat unvorsichtig gehandelt, wenn er in das schwebende Verfahren eingriff. Der preussische Justizminister hat es an der nötigen Unabhängigkeit in der Beurteilung des gesamten Richterhandes fehlen lassen. Den sozialdemokratischen Antrag stimmen wir zu.

Abg. Heine (Soz.): Ich nehme das Recht zur Kritik richterlicher Urteile nicht nur für den Reichstagsrat, sondern auch für jeden Deutschen in Anspruch. Aber das Eingreifen des Reichstages in einen schwebenden Prozeß war unzulässig.

Damit schließt die Debatte. Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, die Kommissionsfassung beschlüsselt.

Das Haus vertagt sich.

Heer und flotte.

— Eine jeden ergangene Kabinettsorder des Kaisers beschäftigt sich mit dem Beschäftigungswesen in der Armee und beginnt mit folgenden Sätzen: „Es darf nicht gutdünktig behauptet werden! Die regelmäßige Bekämpfung der kleineren Verbände, bis zum Bataillon usw. einschließlich, liegt in der Hand der Regiments- und selbständigen Bataillionskommandeure, die mir für die Führung der Ausbildungsgänge ihrer Truppenteile in erster Linie verantwortlich sind.“

Die Art der Abhaltung der Beschäftigungen sind diese Bepfehlungen nicht durch Anordnungen von höherer Stelle zu befehlen.“

Die von der Reichsregierung über die Verhältnisse im Heer und in der Flotte im März 1909 angeordnete Untersuchung der Verhältnisse im Heer und in der Flotte ist im März 1909 abgeschlossen worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Verhältnisse im Heer und in der Flotte im März 1909 im allgemeinen befriedigend waren, daß jedoch in einzelnen Punkten noch Verbesserungen erforderlich sind. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Verhältnisse im Heer und in der Flotte im März 1909 im allgemeinen befriedigend waren, daß jedoch in einzelnen Punkten noch Verbesserungen erforderlich sind.

Die Untersuchung hat ergeben, daß die Verhältnisse im Heer und in der Flotte im März 1909 im allgemeinen befriedigend waren, daß jedoch in einzelnen Punkten noch Verbesserungen erforderlich sind. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Verhältnisse im Heer und in der Flotte im März 1909 im allgemeinen befriedigend waren, daß jedoch in einzelnen Punkten noch Verbesserungen erforderlich sind.

Die Untersuchung hat ergeben, daß die Verhältnisse im Heer und in der Flotte im März 1909 im allgemeinen befriedigend waren, daß jedoch in einzelnen Punkten noch Verbesserungen erforderlich sind. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Verhältnisse im Heer und in der Flotte im März 1909 im allgemeinen befriedigend waren, daß jedoch in einzelnen Punkten noch Verbesserungen erforderlich sind.

Die Untersuchung hat ergeben, daß die Verhältnisse im Heer und in der Flotte im März 1909 im allgemeinen befriedigend waren, daß jedoch in einzelnen Punkten noch Verbesserungen erforderlich sind. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Verhältnisse im Heer und in der Flotte im März 1909 im allgemeinen befriedigend waren, daß jedoch in einzelnen Punkten noch Verbesserungen erforderlich sind.

Die Untersuchung hat ergeben, daß die Verhältnisse im Heer und in der Flotte im März 1909 im allgemeinen befriedigend waren, daß jedoch in einzelnen Punkten noch Verbesserungen erforderlich sind. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Verhältnisse im Heer und in der Flotte im März 1909 im allgemeinen befriedigend waren, daß jedoch in einzelnen Punkten noch Verbesserungen erforderlich sind.

Das Ver...

Die Untersuchung hat ergeben, daß die Verhältnisse im Heer und in der Flotte im März 1909 im allgemeinen befriedigend waren, daß jedoch in einzelnen Punkten noch Verbesserungen erforderlich sind. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Verhältnisse im Heer und in der Flotte im März 1909 im allgemeinen befriedigend waren, daß jedoch in einzelnen Punkten noch Verbesserungen erforderlich sind.